wir
Wir in Reinickendorf
01-02/2011
DIE LINKE. Reinickendorf informiert

CDU verliert BVV-Votum 2
Kommt Gemeinschaftsschule?

Problem Jugendgewalt 3
Plädoyer für mehr Pädagogik

Tegel wird Startbahn für Zukunftstechnologien

5. Standortkonferenz beleuchtet Nachnutzungsperspektiven für TXL

2012 ist endgültig Schluß, TXl wird geschlossen - und das notwendige Nachnutzungskonzept des Senats scheint auf einem gutem Weg.

Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer brachte es am 19. Januar noch einmal auf den Punkt: Der Klimawandel wird auch für die Städte Konsequenzen haben. Es gilt, heute die richtigen Schlüsse zu ziehen - auch für Tegel. Daher muss im Strukturkonzept des Senats die Verbindung von Wirtschaft und Ökologie gewährleistet sein. Ein„Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien“ soll auf dem Flughafengelände entstehen.

Mobilität, Energie, Versorgung

Ein Gutachten, das die Senatsverwaltung für Wirtschaft von dem Beratungsunternehmen A.T. Kearney erarbeiten ließ, vergleicht weltweit Standorte und analysiert die Erfolgschancen. Es soll als Grundlage für ein Standortprofil und eine Entwicklungsstrategie dienen.

Das Motto „Urban Technologies“ kennzeichnet die Stoßrichtung der Empfehlungen. Es geht um intelligente Erzeugung und Verteilung von Energie, um neue Mobilitätskonzepte, um den Konflikt zwischen Individual- und öffentlichem Verkehr, um die Schaffung von Experimentierräumen, die Entwicklung neuer, innovativer Werkstoffe. Wichtig sei die Verbindung von angewandter Forschung, Entwicklung und Ausbildung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einem attraktiven, hochdynamischen Arbeitsumfeld.

Schnelle Nutzung des Terminals

Dem Architekten Prof. Meinhard von Gerkan zufolge könnte das Terminal, eingebettet in ein grünes Umfeld, als Gründerzentrum oder Unternehmenszentrale, als Messestandort für Umwelttechnologien und Events oder aber als Standort für eine Hochschule in Verbindung mit sog. Spin-Off-Unternehmen genutzt werden. Vieles wäre denkbar. Nur schnell müsse es gehen, da die technische Infrastruktur weiter vorgehalten werden müsste und einen enormen Kostenfaktor darstellen würde.

Großes Nutzungsinteresse besteht seitens der privaten Beuth-Hochschule für Technik. Ihr fehlen ca. 17.000 qm Fläche, es bestehe „akuter Bedarf“.

Viele Fragen - große Aufgaben

Offene Fragen und Aufgaben gibt es noch viele, der von der Senatsverwaltung vorgegbene Zeitplan ist ambitioniert. Nach dem Entwicklungs- gilt es es nun ein gutes Marketingkonzept zu entwickeln. Die Rückübertragungsprobleme müssen gelöst, Verkehrs- und Klimaplanung in Gang gesetzt werden. Es soll eine Simulation für die stadtklimarelevante Kaltluftschneise beauftragt werden.

Ein Zwischenbericht der „Werkstatt Landschaft“ skizziert die gegensätzlichen Nutzungsinteressen, verspricht aber ein konsensorientiertes Vorgehen bei der Entwicklung des Konzepts „Tegeler Stadtheide“.

Bürgerbeteiligung erwünscht

Derzeit werden der geänderte Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramms noch bis zum 21. Februar öffentlich ausgelegt. Bürger, die sich am Planungsprozess beteiligen möchten, können Stellungnahmen sowohl im Rathaus Reinickendorf, Eichborndamm 215–239 (2. Etage, im Korridor des Bauberatungszentrums) als auch bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Dienstgebäude Am Köllnischen Park 3, abgeben.

Ein Fazit: Das ambitionierte, ökologisch ausgerichtete und beteiligungsoffene Planungskonzept des Senats ist bis dato lobenswert. Abzuwarten bleibt, ob die Erkenntnis, dass nur nachhaltige Planung auch zukunftssichere Arbeitsplätze schafft, auch am Ende Bestand haben wird.

Jürgen Schimrock

Mehr Infos unter:

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtplanerische_konzepte/txl/

und

www.die-linke-reinickendorf.de/txl

Reinickendorf auf dem Weg zum Krähwinkel?

Wie die CDU die Selbstständigkeit der Schulen und das Elternwahlrecht aushebelt

Mit den Stimmen von SPD, B90/Grünen, FDP und von drei Einzelverordneten forderte die BVV am 12. Januar 2011 das Bezirksamt auf, die Pläne der Hannah-Höch-Grundschule und der Greenwich-Oberschule zu unterstützen, sich zu einer Gemeinschaftsschule zusammenzuschließen. Damit würde kein Bezirk mehr ohne Gemeinschaftsschule sein. Für die Reinickendorfer LINKE begrüßte Bezirksvorsitzender Yusuf Dogan diese Entscheidung.

Ein verwaister BVV-Saal; der Ältestenrat tagt.

Foto: Klaus Gloede

Schulstadträtin Schultze-Berndt (CDU) aber will die Fusion verhindern.

Erfolgsmodell

Im Schuljahr 2010/2011 gibt es in Berlin 17 Gemeinschaftsschulen, die erfolgreich arbeiten und sich einer großen Nachfrage erfreuen. Weitere Bewerbungen aus vier Bezirken liegen vor. Der 2. Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule vom Dezember 2010 zeigt die gute Entwicklung und Entwicklungsbereitschaft der Gemeinschaftsschulen.

„Die Gemeinschaftsschulen sind Motor, Beispiel und Ziel der Entwicklung der Berliner Schulen," resumierte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Steffen Zillich, die bisherige Entwicklung.

Mehr Infos zur Gemeinschaftsschule unter:

www.hannah-hoech-schule.net

www.greenwich-oberschule.de

www.berlin.de/sen/bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/

www.gemeinschaftsschule-berlin.de

„Schlüssiges Konzept" (Mieke Senftleben, MdA, FDP)

Die Hannah-Höch-Grundschule und die Greenwich-Oberschule im Märkischen Viertel (MV) haben gute Voraussetzungen für den Zusammenschluss zu einer Gemeinschaftsschule. Im Schulausschuss der BVV verwiesen deren Direktoren auf die reformpädagogischen Erfahrungen und anerkannten Leistungen der Schulen in den vergangenen Jahren. Für Michael Tlustek, Schulleiter der Hannah-Höch, stehen die Bedürfnisse der Kinder im Vordergrund. Seine Vision ist die Verbesserung der Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen, unabhängig von deren sozialen Voraussetzungen.

Im MV, wo nicht gerade die Begüterten wohnen, ist das eine wichtige Aufgabe, denn 50 Prozent seiner Schüler haben einen Migrationshintergrund, 45 Prozent sind lehrmittelbefreit. Das Konzept - Individualisierung des Lernprozesses, gemeinsam lernen vom 1. Schuljahr bis zum Abitur - überzeugte den Bezirksschulausschuss, einer Teilnahme an der Pilotphase zuzustimmen. Dafür hatten die Eltern bis 19. Januar 2011 468 Unterschriften gesammelt.

Die Schulkonferenzen beider Schulen, der Bezirksschulbeirat, der Bezirkselternausschuss, Gewerkschaften und die Schulaufsicht der Senatsbildungsverwaltung, nun auch der Schulausschuss und die BVV - also alle demokratischen und gemäß Schulgesetz zuständigen Gremien - haben zugestimmt, bis auf...

Wovor hat die CDU Angst?

Das Bezirksamt als Schulträger, vertreten durch Schulstadträtin Katrin Schultze-Berndt, und ihre Partei stellen sich der Fusion in den Weg. Eine Gemeinschaftsschule, als „Einheitsschule" diffamiert, passt nicht in das Weltbild der Reinickendorfer CDU. Sie wird als "ideologisches Teufelszeug" angesehen, das nur dem „Selbstverwirklichungstrip" der Lehrer fröne. Offenbar wird befürchtet, eine attraktive Gemeinschaftsschule im MV könnte zu einer Konkurrenz für die bildungsbürgerlichen Gymnasien werden.

„Die *politische* Überzeugung, dass die Kinder dort nicht ausreichend gefördert werden" - allen Tatsachen zum Trotz - ist für die Stadträtin ausreichendes Motiv, sich über das Schulgesetz hinwegzusetzen und die Selbstständigkeit der Schulen und das Elternwahlrecht auszuhebeln.

„Demokratische Rechte, der Wille der Lehrer, Eltern und Schüler dürfen nicht ignoriert werden, bloß weil es der CDU nicht passt", erklärte Yusuf Dogan zu diesem Vorgehen, das das Demokratieverständnis der CDU entlarvt. *Klaus Gloede*

> „Es geht nicht um Einheitsschule, um Gleichmacherei, um Sozialismus, sondern um Vielfalt, um bestmögliche individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes."
>
> *Rita Süssmuth, CDU, Bundestagspräsidentin a.D.*

BVV-Splitter

47. Sitzung, 8.12.2010

Vor zahlreichen Gästen der Hannah-Höch-Grundschule und der Greenwich-Oberschule debattierte die BVV die Anträge von B90/Grüne „**Gemeinschaftsschule im MV**" (*Drs.-Nr.: 1258/XVIII*) und der CDU „**Keine Einheitsschule in Reinickendorf**" (*Drs.-Nr.: 1263/XVIII*). Schulstadträtin K. Schultze-Berndt (CDU) gibt die Linie vor: das Bezirksamt wolle „keine Schule auf Kosten der anderen". Ihre Auslassungen werden von den Zuhörern mit Zurufen wie „unglaublich!", „Lüge" begleitet; es folgt ein Ordnungsruf des BVV-Vorstehers. FDP-Fraktionschef Vetter begrüßt es, „wenn Schulen eigenverantwortlich entscheiden, das wollen und auch können", sollten ihnen politisch keine Steine in den Weg gelegt werden. Auf seinen Antrag sollen die Schulen im Schulausschuss ihre Konzepte im Januar vorstellen.

Die Fraktion B90/Grüne erkundigt sich in einer Großen Anfrage (GA) nach den Ergebnissen der „**Woche der Demokratie 2010**" (*Drs.-Nr.: 1289/XVIII*), die faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hatte. Stellv. Bürgermeister Senftleben (SPD) kann nicht erklären, warum das BA zwar 12 000 Euro aus Bundesmitteln für die Woche bereit gestellt, aber anders als 2009 sich nicht engagiert hatte. SPD-Fraktionsvorsitzender Brockhausen bescheinigt dem BA *verständnisvoll*, das sei „leider kein wirklicher Erfolg" gewesen. *„Verpasste Chance" wäre hier wohl das richtige Wort gewesen.*

48. Sitzung, 12.1.2011

Entgegen der üblichen Praxis in der Reinickendorfer BVV stimmt die CDU der **Dringlichkeit** eines Antrages nicht zu. Die Empfehlung des Schulausschusses „**Gemeinschaftsschule im MV**" (*Drs.-Nr.: 1258/XVIII*), dort mit 9 zu 6 Stimmen beschlossen, kommt nicht auf die Tagesordnung. FDP, B90 und SPD sind empört, verlangen eine Unterbrechung und eine Zusammenkunft des Ältestenrates (s. Foto). Die Blockadehaltung der CDU wird unter geschickter Nutzung der Geschäftsordnung aufgebrochen. B90 und SPD nutzen eine GA zur **„Stadtplanung in Reinickendorf"** (*Drs.-Nr.: 1323/XVIII*), um über einen Entschließungsantrag die ursprünglichen Forderungen des Antrages zur Gemeinschaftsschule zur Abstimmung zu stellen. Der Antrag wird mit 27 gegen 26 Stimmen angenommen. *F. W.*

Strafe schützt vor Torheit nicht

Plädoyer: Mehr Pädagogik statt härterer Strafen

von **Katrin Möller**, stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN Berlin

Die Blumen und Kerzen für den ermordeten Jungen am Bahnhof Wittenau sind inzwischen weggeräumt. Was bleibt, sind Trauer und Ratlosigkeit. Was wiederkehrt, ist die politisch viel instrumentalisierte Diskussion um Jugendgewalt. Leider dauert sie nie lange genug, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Es braucht eine objektive Analyse und zwar ohne Gesinnungsfilter, denn Gewalt macht Angst und diese befördert Abgrenzung, Intoleranz und Aktionismus.

Abrufbares Gewaltpotenzial

All jene, die härtere Strafen fordern, können nur sehr diffuse Vorstellungen von der Lebenssituation junger Menschen haben. Wo manifeste soziale Missstände existentiell bestimmen, wo gesellschaftliche, familiäre und pädagogische Achtlosigkeit Langeweile, Unverbindlichkeit und Perspektivlosigkeit produziert, kann kein Verantwortungsbewusstsein gelernt werden, nicht für die eigene Person, nicht für andere, schon gar nicht für eine Gesellschaft, in der für junge Menschen ohne Abitur oder Realschulabschluss kaum Spielraum bleibt.

Unausgelastete, unter- oder überforderte Menschen auf Persönlichkeitssuche, mit noch pubertärer Neugier am Ausreizen von Grenzen, deren Linien sie sich in Ermangelung akzeptabler Angebote selbst setzen, bergen immer ein leicht abrufbares Gewaltpotential in sich. Die Bewältigung des banalen Alltags enthält letztendlich alle Risiken zur Gewalt!

Härtere Strafen nicht zielführend

Fachlich ist längst erwiesen: Härtere Strafen führen nicht zu weniger Straftaten! Strafe verhindert im günstigen Fall nur die Wiederholungstat. Und was dann? Menschen funktionieren nicht linear-kausal, sie agieren und reagieren in Systemen. Deren Rahmenbedingungen gilt es nachhaltig zu verändern.

Es gilt, langfristig in die Entwicklung der Heranwachsenden zu investieren. Dafür setzt sich DIE LINKE schon lange ein.

Aber auch kurzfristig wirksame Maßnahmen, wie Finanzmittel für Jugendgericht und Jugendgerichtshilfe zum konsequenten, passgenauen, zeitnahen Strafvollzug, für ressourcenorientierte, kontinuierliche Sozial-Arbeit und -Pädagogik, Kiez- und Stadtentwicklung sind gefordert. Begleitetes in die Pflicht Nehmen von Eltern und Familien, zielorientierte Berufsvorbereitung, die Lust auf die eigene Leistung macht, viele Freizeitangebote und viele Menschen, die sich glaubhaft kümmern, würden sinnvolles politisches und pädagogisches Handeln ergänzen.

Das Begleiten der Persönlichkeitsreifung, mit allen Facetten die dahinter stehen, muss im aktiven Leben geschehen. Unser aller Aufmerksamkeit und frühes Eingreifen helfen, denn „Um ein Kind groß zu ziehen, braucht es ein ganzes Dorf“.

Katrin Möller, Jahrgang 1967, Pädagogin, berufstätig als Jugendsozialarbeiterin und Familienhelferin; Mitglied des Landesvorstandes und stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN Berlin. Politische Schwerpunkte: Kinder- und Jugendarbeit, Bildung und Soziales sowie Arbeitsbedingungen bei Freien Trägern.

„Endlich hat die Bildungsdebatte in unserem Land Priorität, das muss so bleiben! Bildung ist mehr als der wertvolle „Rohstoff“, um einen einträglichen Platz in der Arbeits- und Leistungsgesellschaft zu finden. Wichtig ist, wie gern und intensiv ein Mensch an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhat. Wichtig ist die Art und Weise wie Bildung vermittelt, wie das Lernen gelernt wird, wie soziale und emotionale Reifungsprozesse gefördert werden. In unserer Welt sind lebenslanges Lernen und das Zusammenwirken in Teams ein Muss! „

Katrin Möller, 2009

katrin.moeller@
die-linke-berlin.de

Die **Kinderschutz hotline**, Tel.: **610066**, steht rund um die Uhr zur Verfügung und ist mit erfahrenen sozialpädagogischen Fachkräften besetzt, die alle Hinweise aufnehmen und entsprechend angemessene Maßnahmen einleiten.

You may say I'm a dreamer

Imagine no possessions
I wonder if you can
No need for greed or hunger
A brotherhood of man
Imagine all the people
Sharing all the world

Du wirst vielleicht sagen, ich bin ein Träumer

Stell dir vor es gibt keinen Besitz
Ich frag mich ob du das kannst
Kein Grund für Gier oder Hunger
Alle Menschen wären Brüder
Stell dir vor alle Menschen
Teilen sich die Welt

John Lennon
(9.10.1940 - 8.12.1980)

Yusuf Dogan, Vorsitzender der LINKEN Reinickendorf vor der John-Lennon-Mauer in Prag, 2010

Foto: Klaus Gloede

Die Humboldts - Kindheit und Jugend

Eine Ausstellung im Heimatmuseum

Die Ausstellung über die Kindheit und Jugend der Brüder von Humboldt im Heimatmuseum Reinickendorf sollte am 31. Januar enden. Der Besuch war Plicht, gab es doch eine große Erwartungshaltung angesichts der „großen“ Namen. Inzwischen wurde sie bis zum 17. April 2011 verlängert.

Sie ist allerdings schnell - vielleicht zu schnell - durchlaufen, und die groß auf die Wände aufgetragenen Auszüge aus Briefen und Berichten der Brüder schnell gelesen. Die anderen, eher unscheinbaren, Exponate konfrontieren Besucher meines Alters nicht gerade mit umwerfend neuen Erkenntnissen über die Zustände, über das Leben dieser Zeit.

So kennt man die Bilder des damaligen Berlins auch schon aus anderen Zusammenhängen. Damit erklärt sich vielleicht die Tatsache, dass ich an diesem Tag die einzige Besucherin weit und breit war. Natürlich könnte es auch an der Tageszeit, Mittwoch Mittag, gelegen haben.

Es sei noch erwähnt, dass diese Ausstellung bzw. das ganze Museum nicht behindertengerecht konzipiert ist, da man in die Räume ausschließlich über Treppen (zwei Etagen) kommt. Hier ist Verbesserungsbedarf erkennbar.

Sehr interessant sind allerdings Schülerarbeiten zu dem Thema als Teil der Ausstellung sowie das Interview, das mit zwei Brüdern geführt wurde, die heute im Alter der beiden Humboldts sind. Für Schulklassen gibt das Thema auch aus diesem Grund weit mehr her als für einen „normalen“ Ausstellungsbesucher. Schade!

Marion Kheir

Woanders gefunden:

„Es kann ja nicht sein, dass dieses kapitalistische System von Korruption und Verantwortungslosigkeit der Weisheit letzter Schluss ist. Wer einen halbwegs klaren Kopf hat, weiß doch, dass es nur eine Chance für die Zukunft gibt, wenn wir das System ändern.“

Claus Peymann, Intendant des Berliner Ensembles, 2011

„Nur belehrt von der Wirklichkeit können wir die Wirklichkeit ändern.“

Bertolt Brecht, Die Maßnahme, 1931

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft ... tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“

K. Marx/ F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1847/1848

„Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam. Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wer von ihnen Äcker oder Häuser besaß, verkaufte sie und brachte das Geld für das Verkaufte und legte es den Aposteln zu Füßen; und man gab einem jeden, was er nötig hatte.“

Apostelgeschichte 4:32, 34-35

„Ich habe mich in meinem Leben auch mit Karl Marx beschäftigt, und das sollte man weiter tun.“

Angela Merkel (Neues Deutschland, 22./23.1.2011)

Hier finden Sie uns:

Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande

Direkt oder indirekt?

Nein, es geht mal nicht um Fußball, sondern um ein in letzter Zeit aus verschiedenen Anlässen immer wieder diskutiertes Thema : die Demokratie. Unsere parlamentarische, repräsentative - aber auch bürgerliche - Demokratie leidet zunehmend unter Akzeptanz- und Wirkungsverlusten.

Die Reinickendorfer CDU-Größe Gram (MdA) philosophierte jüngst über das Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie: *„Direkte Demokratie kann nur eine Ergänzung, aber kein Ersatz für die repräsentative Demokratie sein: Es muss gewährleistet bleiben, dass die letzte Entscheidung und die Verantwortung beim Parlament bleibt.“*

Wieso „muss“? Das Parlament, gottgegeben? „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art.20 GG). „Aber wo geht sie hin?“ fragte schon Brecht.

Heute entscheidet doch ein Herr Ackermann, was Frau Merkel macht. Eine Perversion der Demokratie. Das Ergebnis: Nur die Hälfte bis zwei Drittel aller Wahlberechtigten vertrauen noch ihre Stimme einer(m) „Volksvertreter(in)“ an. Zur Erinnerung: In Reinickendorf gingen 2009 immerhin 50 673 Wahlberechtigte (27,7 Prozent) **nicht** zur Wahl.

Gram weiter: *„Parlamente...tragen Verantwortung für das Ganze in der Politik. Gewählte Volksvertreter treffen auch die Entscheidungen, für die sich die Mehrheit der Bürger nicht ausreichend interessiert ... Die Bürger haben neben ihrem Wahlrecht auch ein Recht darauf, dass sie diese Entscheidungen auf Wunsch delegieren können.“*

Ein *Recht* zu delegieren an Politiker wie Gram, Balzer, Schultze-Berndt & Co.?! Ja, und wenn sie es nicht tun, und stattdessen mitreden und mitbestimmen wollen - wie die Eltern, Lehrer, Schüler der Hannah-Höch- und Greenwich-Schule? Dann belehrt uns selbige Politikergarde: „Was Demokratie ist, bestimmen wir.“ (s. S.2)

Im September kann dieser Kurs nun korrigiert werden. *F. Reinecke*

Termine

Am **Mittwoch, dem 23. Februar, 19 Uhr**, Tegeler Dialoge zur Demokratie von Helle Panke e.V.: **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen - Gleichstellung weiter denken.**
Referentin: Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt (DIE LINKE),
Moderation: Dr. Klaus Gloede,
Ort: Roter Laden, Eintritt: 1,50 EUR

Impressum
Herausgeber: Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Kontonummer: 525 6078 00.